

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/51. Jahrgang

Juni 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

Magistrat zu Gießen 2035 Null: Nur Glaubwürdigkeitsproblem oder irrational?

Im September 2019 hatte das Gießener Stadtparlament mit großer Mehrheit (nur AfD und FDP waren dagegen) beschlossen, dass Gießen bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden soll. Dazu sollen mittels einer Satzung konkrete Maßnahmen festgelegt und alle erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. OB Grabe-Bolz

Grundlage des Beschlusses war ein Bürgerantrag, für den das Klimabündnis (15 Gießener Gruppen und Einzelpersonen) mehr als 1000 Unterschriften gesammelt haben (notwendiges Quorum: 1% der Bevölkerung, also 830).

Nun, acht Monate später, stellt sich alles als heiße Luft heraus. Nicht nur,



Demonstration des Klimabündnisses am 25. Mai vor dem Rathaus

betonte, Klimaschutz müsse der Prüfstein für alle künftigen Maßnahmen der Stadt sein - von der Planung eines Gewerbegebiets bis zur Beschaffung von Arbeitsmaterial.

dass es immer noch nicht die versprochene Satzung gibt – sie wird jetzt für überflüssig, sogar für unmöglich, gehalten. Erst auf Nachfragen wurde

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Virus beschleunigt Sozialabbau	S.2
Karstadt/Blüm/Trageser	S.3
Rhön-Klinken/BOSCH/Pandemie	S.4
Gewerkschaftspolitik/1. Mai	S.5
Seuchenbekämpfung in der DDR/Film	S.6
Buchbesprechung K. Hänel/Eritrea	S.7
Pharmakonzerne vergesellschaften!	S.8

Keine Umweltauflagen für AAFES-Bebauung

Im Juni 2019 versicherte Bürgermeister Neidel (CDU) in Bezug auf das AAFES-Gelände: Die Stadt halte an der Option der Gleisnutzung für den Güterverkehr fest – allerdings für den Zeitraum, wenn Otto den Standort Gießen wieder verlassen habe. Jetzt kommt Otto überhaupt nicht, trotzdem war die Gleisnutzung keine Option. Im Mai hat das Logistikunternehmen VGP das Land gekauft und alle Verträge mit der Stadt – einschließlich Verkehrsplanung – übernommen. Die Möglichkeit einer Einflussnahme hinsichtlich Umweltschutz und Arbeitsplätze wurde vertan. So viel zu Neidels „Versprechungen“.

Kundgebung am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus

Etwa 60 Menschen demonstrieren am 8. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg auf dem Kreuzplatz in Gießen.

Aufgerufen dazu hatten u. a. die Antifaschistische Basis Gießen, die ARAG und die DKP.

In Vorbereitung eines neuen Krieges – auch mit dem Manöver „Defender 2020“ an den Grenzen



Russlands – wird von den Herrschenden versucht, ausgerechnet der Sowjetunion eine Mitschuld am 2. Weltkrieg anzudichten, dem Land, das die Hauptlast des Krieges tragen musste und das den Sieg über Hitlerdeutschland herbeiführte. Als demonstrativen Dank an die Rote Armee gab es Schilder mit Aufschrift „spasibo“ – danke.

Für Frieden und Sozialismus!



Das Virus beschleunigt den Sozialabbau

Was haben wir doch für herrliche Zeiten. Zwar ist das Virus natürlich lästig. Aber die CDU, ob Merkel, ob Bouffier, lenken uns zuverlässig durch die Gefahrenklippen. Einige wenige Leute motzen gegen die Notstandsübungen, aber ihre Thesen zu Corona sind ja wirklich nicht gerade überzeugend.

Und dann ist da ein Zweites: Geld spielt zurzeit nicht die geringste Rolle. Nicht nur bei uns, auch bei noch höher verschuldeten Staaten werden Billionen in den Wirtschaftskreislauf gepumpt, ohne zu fragen, wo sie herkommen. Schuldenabbau, schwarze Null, Entlastung kommender Generationen – was geht uns das dumme Geschwätz von gestern an.

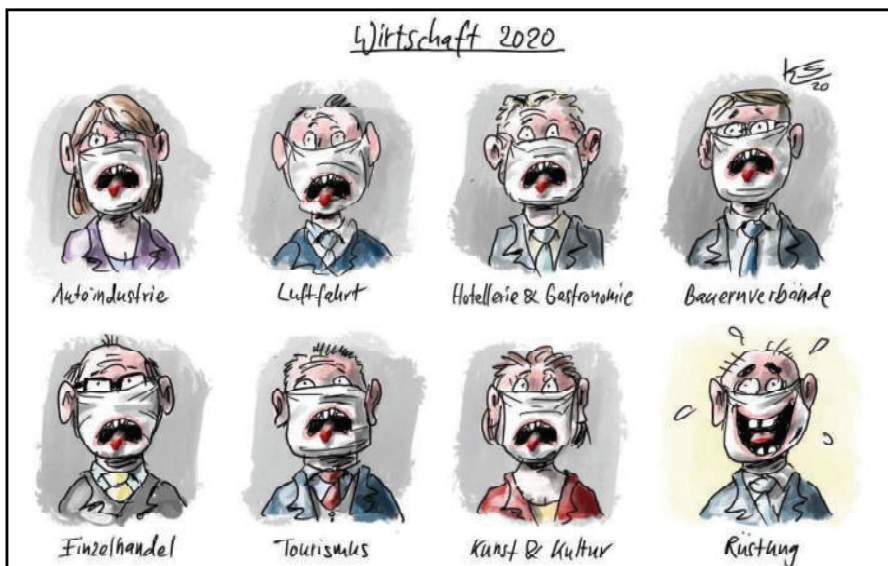
Ja, die Zeiten sind für die herrschenden Politiker wirklich herrlich: Radio und Fernsehen bringen von morgens

bis abends Corona-Programm, für Ökonomie bleibt kaum Zeit. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit: Natürlich denken Politiker an die Zeit nach dem Virus, an die Zeit, wenn die Frage drängend wird, wer für die Billionen Schulden zahlt. Die Staatsschulden explodieren nicht nur bei uns sondern weltweit.

In diesem Jahr wird der Kreditberg nach vorsichtigen Schätzungen insgesamt um acht Billionen Dollar zunehmen, eine Zahl mit immerhin zwölf Nullen. Und das trifft nicht nur uns, sondern auch Länder, deren Bankbücher schon mit notleidenden Krediten gefüllt sind wie Italien und Griechenland. Daraus erwachsen bedrohliche Gefährdungen für die europäische Währungsunion, also den Euro. Darüber hinaus laufen Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien Ge-

fahr Bankrott erklären zu müssen. Aber auch in den USA, wo so viele Haus- und Autokäufe auf Pump finanziert werden, droht eine Kreditkrise wie die Lehman-Pleite von 2008.

Nun spielen also zurzeit die Billionen vor allem für große Unternehmen keine Rolle, denn die Weltwirtschaft muss ja in Schwung gebracht werden. Nebenbei wird vertuscht, dass der Kapitalismus schon tief in der Krise steckt, als Covid-19 erst in ihn hineingefahren ist. Die Rezession hatte ja bereits begonnen. Hinter den Kulissen setzt jetzt klammheimlich bereits die Diskussion darüber ein, wer für die gewaltigen Schulden aufkommen soll. Die Kapitalisten natürlich nicht, denn die sollen ja die Wirtschaft ankurbeln. Aber sind die Ausgaben für Soziales nicht schon heute viel zu hoch? Könnte man nicht die Mehrwertsteuer anheben? Der kapitalistischen Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt, dem Virus sei Dank. Klaus Mewes



(Fortsetzung von Seite 1)

Magistrat zu 2035Null

mitgeteilt: Der erste Bericht, der - wie die OB noch Anfang März versprochen hatte - bis zum 28. April vorgelegt werden sollte, wurde um fünf Monate verschoben.

Auf konkrete Fragen, die während der Fragestunde im Mai im Hauptausschuss gestellt wurden, gab es vom Magistrat (SPD/CDU/Grüne) nur ausweichendes Drumherumgerede. „Jede einzelne Antwort hätte vor dem Beschluss 2035Null identisch formuliert werden können – kein Halbsatz, in dem deutlich würde, dass die Verantwortlichen ernsthaft zu Veränderungen bereit sind“, so die enttäuschen-

de Feststellung des Klimabündnisses. Von den großen Versprechungen ist nichts geblieben außer dummen Ausreden und unwahren Behauptungen. Fridays for Future spricht von Vertrauensbruch.

Eine derartige Ignoranz ist selbst für den Gießener Magistrat, der sich in der Vergangenheit des Öfteren durch Anmaßung und Missachtung des Bürgerwillens (Landesgartenschau) hervorgetan hat, außergewöhnlich. Er muss alle anderen schon für ziemlich blöd halten, wenn er glaubt, mit dieser Verarschung durchzukommen – und dann noch die nächste Wahl am 14. März 2021 zu gewinnen. Aber vermutlich geht seine Rechnung dennoch leider auf. Erika Beltz

Norbert Blüm: ein anderer Nachruf

Nach seinem Tod am 23. April wurde Norbert Blüm, der langjährige Arbeitsminister der Kohl-Regierung, allseits gerühmt für die Einführung der Pflegeversicherung 1994.

Das muss zurecht gerückt werden. Dies war keine Wohltat, sondern ein riesiger Betrug. Die Beiträge müssen die Versicherten alleine bezahlen, denn die Unternehmer wurden durch die Streichung eines Feiertages (in Hessen des Buß- und Bettages) entschädigt. Und die Leistungen der Pflegeversicherung sind so gering, dass die allermeisten Versicherten trotzdem ihre komplette Rente – bis auf ein geringes Taschengeld – abliefern müssen.

Der Staat dagegen, der vorher über die Sozialhilfe die Pflege bezahlt hat, sparte damals jährlich 10 Milliarden DM.

Was bedeutet klimaneutral?

Unter Klimaneutralität versteht man laut Umweltbundesamt, dass durch menschliches Handeln keine Auswirkung auf das Klima entsteht. Heißt: Es werden nicht mehr Treibhausgase wie beispielsweise CO₂ freigesetzt als die natürliche Umwelt speichern kann.

Karstadt-Pleite:

Spekulanten sahen ab, den Angestellten blüht Hartz IV

Seit Jahren ist Karstadt ein Spielball in Händen milliardenschwerer Spekulanten: von

Thomas Middelhoff, seit 2005 Vorstandsvorsitzender mit einem Grundgehalt von 1,2 Millionen im Jahr, der wegen Untreue und Steuerhinterziehung zu drei Jahren Haft verurteilt wurde, über

Nicolas Berggruen, der nach seiner Übernahme 2010 tausende Arbeitsplätze „einsparte“. Es folgte die Signa Holding (größtes österreichisches privates Immobilienunternehmen) von **René Benko** (geschätztes Vermögen: 5 Mrd. €), der 2014 Karstadt kaufte, in Wien 2012 wegen versuchter verbotener Intervention (Schmiergeld) zu einem Jahr Haft verurteilt wurde und jetzt mit Karstadt vor der Pleite steht.

Alle hatten vollmundig Investitionen

und eine rosige Zukunft versprochen, aber die einzigen, die wirklich bezahl-



Das Sanierungskonzept der Kaufhauskette kritisierte Verdi als "ideenlos, un kreativ und Missachtung der Beschäftigten".

ten, waren die Beschäftigten selbst. Durch Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie untertariflicher Bezahlung haben sie in den Jahren Investitionen in Millionenhöhe in „ihren Betrieb“ gesteckt.

Jetzt drohen wieder Filialschließun-

gen und Arbeitsplatzvernichtung. Erst im Dezember 2019 war in einem Tarif-

vertrag die Rückkehr in die Tarifbindung vereinbart worden sowie die Zusage des Bestands bis 2024.

Im April 2020 folgte dann das Schutzschirmverfahren, das das Unternehmen vor den Gläubigern schützt, ohne Insolvenz anmelden zu

müssen. Der Aufschub gilt bis Ende Juni.

Jetzt droht die Schließung von bis zur Hälfte der 170 Filialen und damit der Abbau von bis zu 10.000 Arbeitsplätzen. Während die Spekulanten ihre Milliarden mehren und horten, müssen die Angestellten wieder einmal erfahren, dass Lohnverzicht keine Arbeitsplätze sichert, und dass die chaotische „Marktwirtschaft“ immer zu Lasten der abhängig Beschäftigten funktioniert. Erst in einer demokratischen Planwirtschaft werden Produktion und Verkauf an den Bedürfnissen und Interessen der Mehrheit der Menschen ausgerichtet und nicht nach der Kapitalverwertungslogik und den Profitinteressen.

Erika Beltz



Am 29. Mai beschloss der Bundestag: Noch mehr Bundeswehr in noch mehr Länder Afrikas, neben Mali auch nach Mauretanien, Burkina Faso, Niger und Tschad.

Doppelte Bereicherung gescheitert

Die Gießener Allgemeine Zeitung phantasierte von einer „Attraktion“. Und der Alzenauer Eventmanager Trageser bezeichnete seinen „Winterzauber“ genannten weihnachtlichen Sauf- und Fressmarkt vor der Adenauerbrücke an der Lahn als „Bereicherung für Gießen“.

Nun ist auch seine eigene Bereicherung für den nächsten Winter gescheitert. Eine Neuauflage dieses Events wird es an dieser Stelle nicht mehr geben, verlautete es von den Magistratsrängen.

Im vorletzten „Echo“ wiesen wir darauf hin, dass das Gelände wie eine Wild-

schwein-Suhle hinterlassen wurde. Das wurde wohl selbst den Gartenamtschefs und ihrer grünen Magistratsvorgesetzten Weigel-Greilich zu viel, die das „Projekt“ letztes Jahr unterstützt und genehmigt hatten. Trageser hatte lächerliche 396 Euro für den Standort berappen müssen und damit eine Debatte im Stadtparlament ausgelöst.

Jetzt mussten die Arbeiter des Gartenamtes die Schweinerei auf Kosten des Betreibers wieder in Ordnung bringen. Ob sie damit wichtige kommunale Aufgaben vernachlässigen mussten, war bisher nicht zu erfahren.



Gartenamtsvize Wiemer bis Weigel-Greilich bleiben im nächsten Herbst jedenfalls kritische Fragen erspart. Die Arbeits- und Lohnbedingungen der Angestellten im weihnachtlichen Schlamm fanden dem Vernehmen nach keine Kritik.

M. Berger

Rhön-Kliniken: Drei Multimillionäre pokern um die Profite

Das vor 15 Jahren von einer hessischen CDU/FDP-Regierung an die Rhön-Kliniken AG verhöckerte Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) ist zum Spielball in den Händen von Spekulanten geworden. Der Mehrheitsaktionär der Rhön AG und der des Asklepios-Konzerns wollen ihre Betriebe zusammenlegen, um eine stärkere Position im profitablen Gesundheitsmarkt zu erlangen. Ein dritter Aktionär, der Oligarch der Braun AG (Hersteller von Medizinprodukten) will das verhindern oder zumindest sehr viel dabei verdienen. Für seine Zustimmung verlangt er eine Sonderdividende von 135 Millionen Euro. Für

„Beratungen“ in diesem heiklen Deal wurden nach Aussage des Rhön-Vorstandes Holzinger bereits 5 Millionen Euro ausgegeben. Das alles sind Gelder aus Krankenversicherungsbeiträgen, die eigentlich für die Behandlung und Pflege von Patienten gedacht sind. Die hessische Landesregierung ist in dieser Zockerrunde nicht mal Zaungast, sie hat zwar noch einen symbolischen Anteil von 5% am UKGM, aber keinen an der Rhön AG. Warum ist gerade das UKGM für diese drei reichen alten Männer so lukrativ? Mit dem Verkauf der Kliniken ist die Landesregierung in eine selbst gestellte Falle getappt. Für die Lehre

und Forschung an den Medizinischen Fakultäten in Gießen und Marburg sind die Universitäten auf das Klinikum angewiesen – wer über diese verfügt, kann die Regierung nach Belieben erpressen und praktisch jeden Betrag fordern. Nach Ablauf des Rückkaufrechtes des Landes kann diese Karte ausgespielt werden und der Landesregierung teuer zu stehen kommen. Die damals Verantwortlichen, Ministerpräsident Koch, seine Minister und die Abgeordneten, die diesem Wahnsinn zugestimmt haben, können leider nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Gernot Linhart

Privatisierungswelle nach der Pandemie?

Die sogenannte Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass das deutsche Krankenhausystem trotz mehrwöchiger Vorlaufzeit denkbar schlecht auf eine Pandemie vorbereitet war. Kein Wunder, in einem auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Betrieb gibt es keine Mittel für Reserven und Vorratshaltung. Erst durch staatliche Eingriffe, massive finanzielle Zuschüsse und drakonische Beschränkungen für die Bevölkerung konnte eine Überlastung der Kliniken vermieden werden. Leider sieht es nicht so aus, als hätten die Verantwortlichen etwas aus der Krise gelernt. Die privaten Klinikkonzerne rechnen damit, viele in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene kommunale und gemeinnützige Krankenhäuser übernehmen zu können. Die Abrechnung nach Fallpauschalen passt nicht zu der bei Pande-

mien notwendigen Vorratshaltung von Krankbetten und Intensivstationen, die staatlichen Erstattungen gleichen die Einnahmefälle nicht aus. Die Befürworter von massiven Klinikschließungen behaupten, die Krise habe gezeigt, dass auch weniger Krankenhäuser reichen. Das System der Ab-

rechnung nach diagnosebezogenen Fallpauschalen, das Kliniken zu Reparaturfabriken für Menschen gemacht hat, das ohne jede öffentliche Diskussion eingeführt wurde, soll trotz des offensichtlichen Versagens nicht geändert werden. Die in den letzten Wochen viel gelobten und beklatschten Beschäftigten der Kliniken

und ihre Unterstützer werden noch viel zu kämpfen haben, um ihre Situation zu verbessern. Wir bleiben solidarisch und bei unseren Forderungen:

- Kliniken und Pflegeeinrichtungen in öffentliche Verantwortung
- volle Erstattung der Kosten durch die Krankenkassen statt Fallpauschalen
- Finanzierung der Investitionen durch die Länder
- Verbindliche Vorgaben für die Personalbemessung.

Gernot Linhart



Corona-Gewinner: BOSCH TT in Lollar/Verlierer: die Arbeiterklasse

BOSCH Thermotechnik (BOSCH TT) hat in den beiden Osterwochen seine Beschäftigten auf eigene Kosten nach Hause geschickt. In dieser Zeit haben sie mit ihrer Lobby Druck auf die italienische und französische Regierung ausgeübt.

So wurden die Zuliefererbetriebe mitten in der Corona-Pandemie wieder geöffnet und das Werk in Lollar ab Mitte April mit Materialien versorgt.

Die Konkurrenz scheint weniger Erfolg gehabt zu haben, so mussten 1000 Mitarbeiter von Viessmann in Allendorf-Eder in Kurzarbeit und das Unternehmen musste teilweise auf andere Produkte umsteigen. - BOSCH TT versucht, die Marktanteile der Konkurrenz zu gewinnen, so müssen die Beschäftigten in Lollar aktuell Überstunden machen. Im Monopolkapitalismus setzen sich immer die stärks-

ten Monopole durch.

Die Leittragenden sind in jedem Fall die Arbeiterinnen und Arbeiter. Bei BOSCH TT in Lollar durch Überstunden und Samstagsarbeit, bei Viessmann in Allendorf-Eder durch Kurzarbeit und potentielle Entlassungen und in Italien und Frankreich durch die gesteigerte Corona-Infektionsgefahr aufgrund der Öffnung der Betriebe. Ein schreibender Arbeiter

Corona: der Todesstoß für starke Gewerkschaftspolitik?

Aktuell zahlt der deutsche Staat hunderte Milliarden an die Unternehmen, durch die Übernahme von Lohnkosten, wie bei der Kurzarbeit, oder direkte Finanzhilfen wie bei der Lufthansa. Um die Frage, wer die anfallenden Krisenkosten zahlt, sollte es Auseinandersetzungen geben. Deswegen ist gerade in Zeiten der Krise eine durchsetzungsstarke Gewerkschaftspolitik – die auf die Aktivität ihrer Mitglieder setzt – sehr wichtig. Nur die Gewerkschaften wären gerade in der Lage zu verhindern, dass die Kosten auf die Arbeiterinnen und Arbeiter abgewälzt werden.

Doch durch die Dominanz der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften wird ein Kampf um die Zahlung der Krisenkosten verhindert. Durch die enge Zusammenarbeit der Gewerk-

schafts-Vorstände mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird der Staat in seiner unternehmensfreundlichen und arbeiterfeindlichen Politik sogar direkt unterstützt. Durch den Verzicht auf Streiks in diesem Jahr und der ersten Absage des 1. Mai seit 1945 durch den DGB wird die Passivität und Individualisierung in den Gewerkschaften gefördert. Immer weniger Menschen haben so die Chance, Erfahrungen eines kollektiven Kampfes zu sammeln und somit ihre Handlungsfähigkeit zu erkennen. Immer mehr Menschen fühlen sich somit ohnmächtig den Herrschenden ausgeliefert.

Doch hier in der Region gibt es positive Gegenbeispiele. Gerade aus der IG Metall heraus wurden trotz Corona viele Aktivitäten entfaltet. Am 1. Mai

wurden Stellwände und Papiertüten mit Forderungen auf dem Kirchenplatz und beim UKGM aufgestellt, einige IGMIer trauten sich sogar, trotz DGB-Verbot an der Abstands-Demonstration teilzunehmen. Die Hauptamtlichen machten mit Masken und Sicherheitsabstand Betriebsrundgänge und informierten ihre aktiven Vertrauensleute regelmäßig über Telefonkonferenzen und E-Mails über neue Entwicklungen und gaben Tipps zur Arbeit in den Betrieben. Auch Betriebsratsneugründungen oder Kämpfe gegen Schließungen wurden weiter angeleitet.

Das sind kleine Schritte, aber sie zeigen auf, dass der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und die Frage der Krisenkostenübernahme aktuell möglich und bitter notwendig ist.

Tobias Salin

Aktionen am 1. Mai in Gießen



An der von der DKP angemeldeten Demo und Kundgebung (links) nahmen mehr als 100 Menschen teil - mit Abstand und Mundschutz. Redebeiträge gab es außerdem von der ARAG, der ABG, dem Internationalistischen Bündnis und den Kurden – keine von Gewerkschaftsvertretern. Sie alle betonten die Notwendigkeit des Kampfes gegen Krieg, Rüstung und daraus folgend Armut, gegen den Kapitalismus. - Ebenso klassenkämpferisch die Aktion vor dem Uniklinikum (rechts) mit der originellen Parole "Spekulant*innen klatschen statt Beifall".

Wechselvoller 1. Mai in Gießen - ein Überblick

Dieser 1. Mai war nicht der erste ohne den DGB in der Stadt. Mitte der 60er/Anfang der 70er Jahre fanden die Mai-Kundgebungen des DGB auf dem Schiffenberg statt. Die kritische Gewerkschaftsjugend musste draußen bleiben; erst auf Druck von DGB-Jugend, HBV u. a. wurde die "akademische Veranstaltung" in die Öffentlichkeit verlegt. In den 70ern wurde dann in Wetzlar demonstriert, da fuhren die Gießener hin. Erst 1978 gab es eine Demo in Gießen, und von da an regelmäßig. Die Kundgebungsorte wechselten: Wiesack, Hessenhalle und immer wieder die Kongresshalle, eine der größten Demos mit 2.500 Teilnehmern war 1986. 1990 und 1991 wachte

sich der DGB ins Freie auf den Lindenplatz, um dann 1992 ohne Demo von der Bevölkerung unbemerkt ins Bürgerhaus Kleinlinden abzutauchen. Ein Tiefpunkt war der 1. Mai 1994; da wollte man „nicht mehr so dogmatisch sein wie früher“: keine Demo, keine Kundgebung, nur

Stände auf dem Lindenplatz. In den folgenden Jahren zog man sich wieder nach Kleinlinden zurück ohne Mai-Demo. Ende der 90er Jahre mussten sich kämpferische Gewerkschaften mit der Politik von SPD-Kanzler Schröder auseinandersetzen, mit dem Kahlschlag der Agenda 2010 und mit seinem Krieg im Kosovo. Das war für einige ein Eiertanz und viele bezeichneten sich als „innerlich zerrissen“. Nach zwei weiteren gemeinsamen Kundgebungen in Wetzlar 2000/01 gibt es seit 2004 die traditionelle Demo durch das Nordviertel mit anschließender Kundgebung auf dem Kirchenplatz. Das blieb so, bis der DGB 2020 entschied, den öffentlichen 1. Mai ausfallen zu lassen.



Seuchenbekämpfung in der DDR

Die Corona-Krise ist nicht die erste Pandemie in der Menschheitsgeschichte. An der „Hongkong-Grippe“ starben von 1968 bis 1970 weltweit (je nach Quelle) bis zu zwei Millionen Menschen. Auch die DDR erreichte diese Epidemie und überforderte das Gesundheitswesen.

Als Konsequenz verabschiedete der Ministerrat bereits 1970 ein „Führungsdokument zur Grippebekämpfung“, das als Grundlage für eine bevölkerungsweite Prävention diente. Darin waren Pandemien klar definiert und drei Situationsstufen festgelegt, um effektiv reagieren zu können. Fast 30 Jahre später verabschiedete 1999 die WHO ihre Pandemie-Richtlinien, den ersten Nationalen Pandemieplan in der BRD gab es sogar erst 2005.

Im Gegensatz zum Grundgesetz der BRD hatte die Gesundheit der Bevölkerung der DDR Verfassungsrang: In Artikel 35 hieß es: „Jeder Bürger hat das Recht auf Schutz seiner Gesundheit und Arbeitskraft.“ Der Gesundheitsminister leitete zur Verhütung und Bekämpfung von Epidemien eine ständige Kommission, zu der auch

Bereiche wie Bildung, Handel, Wirtschaft und Polizei gehörten. Die staatliche Plankommission hatte die Aufgabe, schnellstmöglich zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens - Universitätskliniken, Kreiskrankenhäuser, Polikliniken, Hygieneinspektionen, Arztpraxen, Kinder- und Pflegeeinrichtungen, aber auch die Betriebe, Schulen und Behörden - wurden von Beginn an einbezogen.

Möglich war dies durch ein Gesundheitssystem, welches sich fast ausschließlich in öffentlichem Eigentum befand, staatlich organisiert und ärztlich geleitet wurde. Gerade die Polikliniken konnten sich aufgrund ihrer Struktur relativ schnell auf neue Aufgaben einstellen.

In der BRD dagegen bringen leere Betten der profitorientierten Gesundheitswirtschaft keine Gewinne. Das Gesundheitswesen muss wieder verstaatlicht, die Fallpauschalen abgeschafft werden. Die Gesundheit darf keine Ware bleiben - im Interesse der Patienten und Beschäftigten.

Rainer Grabowski



„Das andere Leben“

Ein Film über die DDR, von Menschen, die sie selbst erlebt und mitgestaltet haben.

Nach der unsäglichen Hetze und Verleumdung über den ersten deutschen Staat, in dem es weder Arbeits- noch Obdachlosigkeit gab, aber ein vorbildliches Gesundheits- und Bildungswesen, wird im Film verständlich und abwechslungsreich das Zusammenleben geschildert. Die DDR funktionierte gut ohne kapitalistische Ausbeutung und ist der einzige deutsche Staat, der niemals an einem Krieg beteiligt war. Elf Interviewpartner aus verschiedenen gesellschaftlichen und Arbeits-Bereichen, die zum Zeitpunkt des Anschlusses zwischen 53 und 27 Jahre waren, erzählen ihr Leben, trotz der Fülle an Fakten und Informationen nie langweilig und auch - und gerade - für junge Menschen sehenswert. Dass dabei auch Probleme und Versäumnisse angesprochen werden, macht den Film nur glaubwürdiger.

Der Film ist in 3 Bereiche gegliedert: Jugend und Schule, Arbeit und Wirtschaft, Demokratie und Zusammenleben. Jeder Teil ist etwa 45 min lang und kann separat bei YouTube angesehen werden. Auch Kino-Aufführungen sind möglich. Nähere Informationen gibt es bei der Kommunistischen Organisation, die dieses hervorragende Dokument hergestellt hat: <https://kommunistische.org/interview/ddr-film/>



Rolf Hochhuth im Interview mit dem Gießener Echo: Ich habe Angst vor größeren Polizeivollmachten...

Im Herbst 1980 war Rolf Hochhuth nach Gießen gekommen, um am Stadttheater sein Drama die „Juristen“ zu inszenieren. Das Stück, mit dem letztlich der faschistische Blutrichter und Ministerpräsident von Baden-Württemberg Filbinger (CDU) zu Fall gebracht wurde, erhielt damals aktuelle Brisanz durch das Nazi-Attentat während des Münchner Oktoberfestes, dessen Aufklärung bis heute verhindert wurde.

In einem ganzseitigen Interview mit dem Gießener Echo antwortete Hochhuth auf die Frage, wie seiner Meinung nach die alten und neuen Nazis zurückgedrängt werden könnten:

„Ich habe in diesem Zusammenhang Angst vor jeder neuen Polizeiverordnung, vor noch größeren Vollmachten für die Polizei. Es geht nicht um den weiteren Ausbau des staatlichen Apparates. Ohne den politischen Hintergrund zu vergessen, sollte man die Attentäter von München wie gemeine Mörder behandeln.“ Und weiter: „(... man müsste) aufklären! – An erster Stelle aufklären, z. B. in den Schulen. Vor allem die Behandlung der Zeitgeschichte müsste in den Lehrplänen ein viel größeres Gewicht erhalten.“ (vgl. Gießener Echo Januar 1981)
Am 13. Mai 2020 ist Rolf Hochhuth in Berlin verstorben.

UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**6 Wochen
kostenlos testen**

www.unsere-zeit.de
info@unsere-zeit.de

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Druck: Gründruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Kristina Hänel verklagt Holocaust-Verharmloser

Auf der Internetseite „babycaust.de“ wird seit Jahren eine Hetzkampagne gegen Schwangerschaftsabbrüche betrieben, sie gipfelt in der Gleichsetzung von Abtreibung mit dem faschistischen Massenmord. Ärzte und Ärztinnen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, werden namentlich aufgeführt (und damit Psychoterror ausgesetzt) und wegen Verstoß gegen den §219a angezeigt.

Gegen den Betreiber dieser Seite (Name fehlt im Impressum) hat Kristina Hänel nun Unterlassungsklage eingereicht. Die Verhandlung findet am 21. August um 10.30 Uhr vor dem Landgericht Hamburg statt.



Buchtipps: Das Politische ist persönlich

Zwischen Fassungslosigkeit, Repression und dem Druck durch Politik und Medien schildert die nun auch bundesweit bekannte Ärztin Kristina Hänel die Zeit zwischen ihrer Anklage bis zum zweiten Prozess um das Verbot der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. Bei dem Buch „Das Politische ist persönlich - Tagebuch einer ‚Abtreibungsärztin‘“, handelt es sich um das zweite Werk der Gießener Ärztin, welcher bis zum Zeitpunkt ihrer Anklage im November 2017 weder die Macht der Medien noch der politische Inhalt ihrer Arbeit bewusst war.

Aus dem anfänglichen Kampf gegen das eigene Gewissen als angeklagte Person entwickelt sie nach und nach einen immer größeren Widerstand gegen die Argumente der sogenannten „Lebensretter“ und den veralteten Paragraphen 219a aus dem Jahre 1933. Hänel entfachte mit dem Schritt in die Öffentlichkeit ein Lauffeuer. Von Beginn an regt ihre Art, diese Entwicklungen und ihre eigene Haltung zu beschreiben, geradezu zum Weiterlesen an.

So ist es nicht nur absurd, wie sich Medien Hänel's Verhalten und den Verlauf des Diskurses wünschten oder mit gestalten wollten, sondern auch

fast grotesk, wie eine Richterin für den Paragraphen 219a argumentiert und dies begründet. Äußerst schwach in Qualität und Quantität erscheinen zudem die Positionen von Politikern und Politikerinnen gegenüber einer Änderung des Paragraphen. Nicht zuletzt zeigt das Buch auf beeindruckende Weise, welchem Druck Hänel

persönlich ausgesetzt war und wie sehr sich ihre Haltung im Laufe der Zeit von Unsicherheit und Verärgerung hin zu Entschlossenheit und Selbstbewusstsein veränderte. Ihr Weg bis zum zweiten Prozess zeigt auf, welche unverhältnismäßigen Gesetze von staatlicher und politischer Seite verteidigt werden, die das Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit

der Frauen massiv beschränken. Hänel nimmt die Leserinnen und Leser nicht nur mit in ihre Geschichte, sondern schafft es, sie einerseits zum selbstständigen Hinterfragen von Verboten und Gesetzen sowie andererseits zum Verteidigen der eigenen Haltung anzuregen. Die Abläufe zeigen beispielhaft, dass Aktivismus neben ganz konkreten Veränderungen auch zu einem Weg aus der scheinbaren Ohnmacht des Individuums gegenüber Staat und Repression führen kann. Henriette Lager



Argument-Verlag, Hamburg, 2019, 239 S., 15 €

Eritreas Botschaft wehrt sich

Deutschlands „Entwicklungspolitik“ soll profitabler für die Wirtschaft werden, deswegen hat der zuständige Minister Müller (CSU) angekündigt, Projekte in zahlreichen Ländern zu beenden.

Das trifft besonders Länder, die sich nicht bereitwillig allen Forderungen der Zahlungsgeber beugen. Dazu gehören z.B. Kuba und das sozialistisch orientierte Eritrea, auch das „Kuba Afrikas“ genannt.

Die Botschaft Eritreas hat darauf mit einem deutlichen Brief geantwortet. Sie weist die im Entwicklungsausschuss des Bundestags geäußerte Behauptung zurück, es gäbe keine Chance für eine bilaterale Zusammenarbeit und kein Interesse Eritreas an

einer Verbesserung der Handelsbeziehungen. Sie weist darauf hin, dass es Deutschland war, das auf Wunsch der US-Regierung mehrere geplante Vorhaben abgebrochen habe. Außerdem weist sie den Vorwurf zurück, dass Verletzungen der Menschenrechte in Eritrea zu zahlreichen Asylanträgen in Deutschland führten. Ursache dafür sei eher die Vorzugsbehandlung, die Bürger ihres Landes aus politischen Gründen bei Asylanträgen in Deutschland erhielten.

Was die Botschaft nicht erwähnt, aber viele wissen: Viele Asylsuchende aus ähnlichen Ethnien, wie z. B. Äthiopiern und Somalia, geben sich als Eritreer aus, weil sie dann bessere Chancen auf Anerkennung haben. G.Linhart



Pharmakonzerne vergesellschaften!

Die weltweit tätigen Pharmakonzerne, darunter auch einige deutsche, werden ihrer Größe wegen „Big Pharma“ genannt. Sie machen Umsätze in Milliardenhöhe und entsprechende Profite. Bei ihrer Forschung greifen sie auf Erkenntnisse öffentlicher Forschungseinrichtungen zurück und bekommen außerdem noch Subventionen und Steuererleichterungen. Unter denen, die sich an Forschungen zur Bekämpfung der gegenwärtigen Pandemie beteiligen, sucht man die Namen der Big Pharma allerdings vergeblich. Pandemien passen nicht in ihr Profitmodell, sie setzen auf Präparate, die ständig die Kassen klingeln lassen – Medikamente, die ständig gebraucht werden wie Blutdruck- und Cholesterinsenker, Tumorthera-
pien oder auch Lifestylepräparate, die das Leben angeblich schöner machen. Außerdem kaufen sie ständig kleinere Start-Ups auf, die profitträchtige Mittel entwickelt haben. Einer der

wenigen Beiträge deutscher Konzerne zur Pandemiebekämpfung kommt von der Bayer AG. Dieser Konzern verschenkt einige Millionen Dosen des uralten Malariamittels Chloroquin, das möglicherweise auch gegen das Corona-Virus hilft, an verschiedene Regierungen. Wenn es sich tatsächlich in diesem Großversuch bewährt, könnte aus dem Geschenk ein gutes Geschäft für Bayer werden. Außerdem will Sanofi in die Entwicklung eines Impfstoffes einsteigen – nachdem staatliche Einrichtungen und kleinere Betriebe schon viel Vorarbeit geleistet haben. Die profitorientierte Pharmaindustrie ist genauso eine kapitalistische Fehlentwicklung wie die Privatisierung von Kliniken. Eine am Gemeinwohl orientierte Pharmaforschung hätte schon längst wissenschaftliche Grundlagen finden können, auf denen schnell Impfstoffe und Medikamente gegen jeden neuen Coronavirus entwickelt werden könn-

ten. Nach den kleineren SARS- und MERS-Pandemien in den vergangenen Jahrzehnten waren solche Forschungen auf einem guten Weg. Wegen mangelnder Profitaussichten wurden sie aber wieder eingestellt.

Gernot Linhart



www.jungewelt.de/testabo
3 Wochen kostenlos
Abotelefon: 030 53 63 55 50

"Corona" macht vor nichts halt: Geschäfte dürfen sonntags öffnen

Nach den Notverordnungen, mit denen – angeblich zur Corona-Bekämpfung – Arbeitsrechte außer Kraft gesetzt wurden (vgl. Mai-Echo, Seite 2), hat jetzt die Hessische Landesregierung zum nächsten Schlag ausgeholt.

Ab dem 9. Mai dürfen alle Geschäfte sonntags von 13 bis 18 Uhr öffnen; dies gilt außer Pfingstsonntag *vorerst* bis Anfang Juni. Die Forderung nach weiterer bzw. unbegrenzter Öffnung wird vor allem auch von der FDP erhoben.

Dieses Geschenk an die Einzelhändler zu Lasten der Beschäftigten hat mit Seuchenbekämpfung nicht das Geringste zu tun. Dass in Gießen die Läden außer Möbel-Sommerlad meist doch geschlossen waren, liegt an der wegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit allgemein nachlassenden Kaufkraft. Den Herrschenden und ihren Politikern ist es damit gelungen, eine weitere Barriere gegen grenzenlose Ausbeutung zu überwinden. Und die Gewerkschaft schweigt ebenso wie die Kirche (weil der Kirchengang am Sonntagvormittag nicht tangiert ist?). Immerhin war es "vor Corona" mehrmals gelungen, verkaufsoffene Sonntag per Gerichtsbeschluss verbieten zu lassen, weil sie gegen geltendes Recht und Gesetz verstoßen. Die werktäglichen Öffnungszeiten können in Hessen nicht ausgeweitet werden: sie gelten von 0.00 bis 24.00 Uhr.

Erika Beltz



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

In eigener Sache Liebe Leserinnen und Leser,

nach rund 50 Jahren habe ich mit 75 Jahren beschlossen, mich aus dem Gießener Echo zurückzuziehen.

Es war eine lange Zeit mit viel Arbeit, aber auch mit Anerkennung, Dank und Zuspruch; für Peter Gingold war das Echo die beste DKP-Zeitung in diesem Format. Auch der hessische Verfassungsschutz befand das Echo wert, mit der Titelseite in einem seiner Berichte abzubilden.

Kritik gab es relativ wenig, so bemängelte Bodo Ramelow, seines damaligen Zeichens HBV-Gewerkschaftssekretär, 1987 in einem längeren Schreiben, dass wir Solidarität mit den Karstadt-Beschäftigten zeigten.

Als presserechtlich Verantwortliche erhielt ich drei Strafanzeigen, eine für diesen Zeitraum vertretbare Anzahl, die alle zu keiner Anklage führten: Ein Stadtverordneter der CDU fühlte sich in den 70er Jahren verunglimpft und wurde auf eine Privatklage verwiesen (die er unterließ). Auch die Anzeige wegen „Aufforderung zu einer Straftat“ (wir hatten nach der jahrelangen Auseinandersetzung um das faschistische Greif-Denkmal vorgeschlagen, es am besten ganz zu abzureißen) verlief im Sande. Und AfD-Jordan, der dagegen klagte, als Faschist bezeichnet worden zu sein, musste sich sagen lassen, dass ein Faschist auch so genannt werden darf.

Ich bedanke mich bei allen, die mich in irgendeiner Form, Wort oder Tat, Information oder Schreiben, unterstützt haben.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine schöne ruhigere Zukunft mit Michä - ohne den monatlichen Zeitungsstress und verbleibe

mit vielem Dank und Grüßen - Erika Beltz